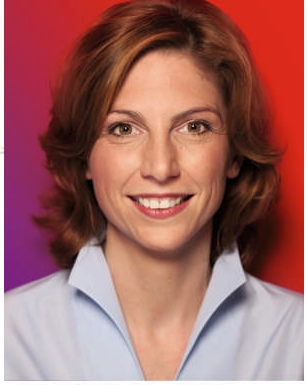

07 / 2014 www.SBL2013.de 21.02.14

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wahnsinn, was derzeit in Berlin und der Welt passiert.
In Berlin sind wir erschüttert über den "Fall Edathy" - wichtig ist nun eine lückenlose Aufklärung. Thomas Oppermann hat dazu im Innenausschuss und im Bundestag gesprochen.
Zutiefst bestürzt bin ich aber auch über die Gewalteskalation in der Ukraine. War doch kurzzeitig Hoffnung, dass die Regierung einlenken würde, hat sich dieses nun völlig zerschlagen.
Tote Demonstranten auf dem Maidan, Blutvergießen ohne Ende - es wird Zeit, dass die EU nun einschreitet und diese Gewalt beendet. Hoffen wir, dass die nächste Woche etwas ruhiger wird.
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Der Fall Edathy – Innenausschuss konnte aufklären!

Es steht nun fest, dass bereits ab Mitte Oktober 2013 zahlreichen Stellen im gesamten Bundesgebiet Akten des BKA vorlagen, in denen der Name Edathy zu finden war. Damals hatte das BKA alle 16 Landeskriminalämter gebeten, die Hinweise auf deutsche Kunden eines kanadischen Internetshops nach regionaler Zuständigkeit zu bearbeiten. Damit war schon sehr frühzeitig der Kreis derjenigen, die Kenntnis vom Sachverhalt hatten, unübersehbar groß.
Neu war nun, dass die Bedeutung des Namen Edathy am 15.10.2013 bei der örtlich zuständigen Polizei in Nienburg erkannt worden war und dort angeblich "wie eine Bombe eingeschlagen" ist.
Erst die örtliche Polizei hat das BKA darauf hingewiesen und dabei bereits eine Vielzahl weiterer Personen in Niedersachsen per E-Mail eingebunden. Fest steht auch, dass BKA-Präsident Ziercke umgehend den damaligen Staatssekretär beim BMI Fritsche über den Umstand, dass Sebastian Edathy auf der Liste zu finden war, unterrichtet hatte.
Er hat damit richtig und verantwortungsvoll gehandelt. Dies gilt auch für Staatssekretär Fritsche selbst, der den damaligen Bundesinnenminister Dr. Friedrich informierte. Es handelte sich um eine Information von besonderer Bedeutung und Tragweite, die zu Recht auf dem Dienstweg an Minister Dr. Friedrich weitergegeben wurde.
Es gab hier keine Unregelmäßigkeiten und auch die Entscheidung des Ministers, die SPD-Spitze zu informieren, erfolgte verantwortungsbewusst nach bestem Wissen. Die Befragung hat auch klären können, wie das Telefongespräch zwischen Thomas Oppermann und BKA-Präsident Ziercke ablief.
Da Herr Ziercke die von Thomas Oppermann vorgetragenen Informationen weder bestätigen noch kommentieren wollte, konnte bei Thomas Oppermann der Eindruck entstehen, dass die Informationen zutrafen. Der vermeintliche Widerspruch zwischen den Aussagen ist damit schon jetzt aufgelöst. Das Telefonat zwischen Herrn Oppermann und Herrn Ziercke wurde zu Unrecht skandalisiert.
Herr Ziercke hat uns versichert, dass er sich nicht zur Preisgabe von Geheimnissen gedrängt fühlte. Hätte er sich äußern können, etwa im Hinblick auf eine mögliche Entlastung Edathys, wäre das hilfreich gewesen. So konnte er sich aber nicht zur Sache äußern und hat sich dementsprechend völlig korrekt verhalten. Diese Bewertung teilt im Übrigen auch die Staatsanwaltschaft in Hessen, die keinen Ansatz für ein Fehlverhalten Zierckes sieht.

Finanzen

Finanztransaktionssteuer –Chance durch Stufenplan!

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat die Möglichkeit eines Stufenprozesses ins Spiel gebracht. Um eine zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer zu erreichen, kann ein solcher Stufenprozess sinnvoll sein – muss aber nicht. Beginnend mit einer Besteuerung des Handels von Aktien und bestimmter Derivate könnten in weiteren Schritten Anleihen, sämtliche Derivate und strukturierte Finanzprodukte in die Besteuerung einbezogen werden.
Es kommt dabei vor allem darauf an, dass die einzelnen Stufen klar und verbindlich festgelegt werden. Wichtig ist außerdem, dass die Besteuerungsprinzipen der Finanztransaktionssteuer Ausweichreaktionen effektiv eindämmen. Dies kann am besten durch eine Kombination des Ansässigkeits- und des Ausgabeprinzips umgesetzt werden.
In diesem Fall unterliegen alle Transaktionen von Personen der Besteuerung, die in den beteiligten Mitgliedstaaten ansässig sind. Zusätzlich werden auch noch alle Transaktionen mit Wertpapieren, die von Emittenten aus den beteiligten Mitgliedstaaten ausgegeben wurden, einbezogen.
Ein Stufenplan bietet die Möglichkeit zum vorsichtigen Einstieg in die Finanztransaktionssteuer, er darf aber kein Alibi werden entlang schlechter Verhandlungsergebnisse in Europa und starker Lobbyverbände auf die wichtigsten Teile der Finanztransaktionssteuer auf Dauer zu verzichten.

In eigener Sache

Diätenerhöhung – Dafür oder dagegen?

Es ist schon immer schwierig gewesen, wenn Abgeordnete selbst über die Höhe ihrer Diäten entscheiden dürfen. Darüber empören sich immer wieder weite Teile der Bevölkerung. Schon seit vielen Jahren wird versucht, einen Modus zu finden, durch den die Abgeordnetendiät systematisch geregelt wird. Die Koppelung an die Bezahlung der Bundesrichter wird diesen Konflikt dauerhaft auflösen.
Ich meine, dass die Erhöhung jetzt aber nicht angebracht ist, weil die Menschen in Deutschland , die gute Arbeit leisten, in den vergangenen Jahren keine vergleichbare Erhöhung bekommen haben, auch wenn sie sie verdient hätten.
Ich finde den Zeitpunkt der Erhöhung auch deshalb falsch, weil die Abgeordneten der Großen Koalition in der laufenden Legislaturperiode noch nicht viel leisten konnten. Gerade, wenn man bedenkt, dass die Debatte um die Mindestlöhne erst begonnen hat, fände ich es wichtig, erst für auskömmliche Löhne für alle zu sorgen, bevor man über Diätenerhöhungen nachdenkt.
Zeitgleich mit der Abgeordnetenentschädigung soll auch die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung geregelt werden. Der Gesetzentwurf schafft einen Straftatbestand, der strafwürdige korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern erfasst. Bestraft wird, wer für eine Gegenleistung einen „ungerechtfertigten Vorteil“ bietet oder annimmt.
Ab 01.07.2016 orientiert sich die Abgeordneten-entschädigung an dem Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes. Einschnitte gibt es bei der Altersversorgung. Der Höchstsatz wird auf 65 % gesenkt und eine vorzeitige Altersentschädigung ist künftig nur noch mit Abschlägen und erst ab 63 Jahren möglich.
Durch meinen Mutterschutz bin ich bei der Abstimmung über die Diätenerhöhung nicht in Berlin. Ich will euch aber nicht im Unklaren lassen, wie ich mich verhalten würde. Ich hätte mich auch diesmal in der Fraktion gegen die Diätenerhöhung ausgesprochen und meine Argumente vorgetragen.
Bei einer Mehrheitsentscheidung der Fraktion für die Erhöhung hätte ich diese dann im Parlament allerdings auch mitgetragen. Das erwarte ich auch umgekehrt von Fraktionskolleginnen und -kollegen, wenn ich bei denen bin, die die Mehrheitsmeinung vertreten.

Verkehr

eCall – Das System kann viele Menschenleben retten!

Häufig geht es um jede Minute, wenn Unfallopfer gerettet werden müssen: eCall-Systeme retten Leben. Mit der Einführung dieser Systeme in neu zugelassene Fahrzeuge werden Unfallopfer künftig noch schneller von Rettungskräften erreicht. Das kostenlose Notrufsystem sendet bei einem Aufprall automatisch ein Signal über 112 an die nächstliegende Notrufzentrale. Die eCall-Technik ist eine hervorragende Sache und eine wirkliche Verbesserung für die Rettung von Unfallopfern. Dennoch werden wir die technische Umsetzung des Notrufsystems genau beobachten. Das eCall- System darf nur im Notfall Positionsdaten senden und übermittelte Daten dürfen ausschließlich für den Rettungsfall erhoben werden; eCall darf keine weitere Überwachungsmöglichkeit sein, sondern ein Notrufsystem, das Leben retten kann.

Die EU rechnet damit, dass durch die Einführung dieser Technik circa 2.500 Menschenleben pro Jahr durch die europaweite Einführung gerettet werden können. Ob zusätzliche Dienste in Anspruch genommen werden, muss völlig freiwillig bleiben und gänzlich dem Autobesitzer überlassen werden.

Denkbar sind die Übertragung von Daten zur Blutgruppe oder speziellen Krankheitsinformationen: Diese zusätzlichen Dienste von Drittanbietern müssen eine reine zusätzliche Möglichkeit sein.

Das Notrufsystem soll bereits ab 2015 in neu zugelassene Autos eingebaut werden. Das ist sehr ambitioniert. Wichtig ist allerdings, dass der Aufwand für die Kommunen durch die Umrüstung der Notrufzentralen tragbar bleibt.

Umwelt

Abfallverwertung – Wertvolle Stoffe nutzen

Unsere Bundestagsfraktion fordert seit Jahren die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft zu einer hochtechnologischen Kreislaufwirtschaft, in deren Mittelpunkt die Wiederverwertung von Produkten, Ressourcenschonung, Recycling, Energieeinsparung und -gewinnung stehen.
Dabei hat die Abfallvermeidung für uns Priorität. Wir müssen als Gesellschaft nicht nur den Verbrauch von Primärrohstoffen pro hergestelltem Produkt senken, sondern auch die Wiederverwendung von Produkten stärken.
Dies ist angesichts der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, von Versorgungsengpässen und steigenden Preisen aus umwelt- und wirtschaftspolitischen Gründen ein Muss.

Deshalb fordert unsere Bundestagsfraktion ambitioniertere Recyclingquoten und sowie die Schaffung und gesetzliche Regelung neuer Ansätze und Anreize für eine effiziente Ressourcennutzung.
Rücknahmesysteme müssen für wiederverwendbare Produkte ausgebaut und die Rückgabe von Altgeräten gefördert werden, um so die darin enthaltenen wertvollen Rohstoffe – vor allem Edelmetalle und seltene Erden – besser zurückgewinnen zu können.
Es sollte möglich sein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel gebrauchte Handys dort zurückgeben können, wo sie gekauft worden sind. Freiwillige Rücknahmesysteme können durch gesetzliche Vorschriften ergänzt oder ersetzt werden.
Rücknahmestellen müssen so ausgestaltet sein, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit Altgeräten und somit die umweltverträgliche Entsorgung beziehungsweise die Wiederverwendung von abgegebenen Produkten oder Produktteilen gewährleistet werden kann.
Ob und wie ein Pfandsystem für Handys oder Tablet-PC´s zur Erhöhung der Sammelmengen beitragen oder ob die zügige Einführung der haushaltsnahen Wertstoffsammlung den schnelleren Rücklauf der Wertstoffe sichern kann, wollen wir als Fraktion prüfen.

Bonbon

„Medaillen sind eigentlich gar nicht aus Gold, Silber oder Bronze. Sie sind aus Schweiß, Entschlossenheit, und einer seltenen Legierung namens Mumm gemacht.“

(Matthias Höpfner, Bobtrainer)

Termine

Derzeit kann ich keine Termine wahrnehmen.
Mein Arzt hat mir folgendes verordnet:

Ruhe, Ruhe, Ruhe

und jetzt hat auch der Mutterschutz begonnen……